

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung am 07.12.2016

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 244, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	18:30 Uhr
Ende:	19:50 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiterin:	Frau Rothe-Beinlich
Schriftführer/in:	

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 02.11.2016	
4.	Dringliche Angelegenheiten	
5.	Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 16.11.2016	

- | | | |
|--------|--|----------------|
| 5.1. | Diskriminierende Einlasskontrolle in der Diskothek "Cosmopolar"
BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiter des Bürgeramtes | 2116/16 |
| 5.1.1. | Nachfragen zur DS 2116/16, Diskriminierende Einlasskontrolle in der Diskothek "Cosmopolar"
BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiter des Bürgeramtes | 2531/16 |
| 6. | Behandlung von Entscheidungsvorlagen | |
| 6.1. | Förderung des Sozialkaufhaus "Bummi-Kaufhaus" der AWO AJS gGmbH im Jahr 2016
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit | 1987/16 |
| 7. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 7.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 02.11.2016 zum TOP 5.8 Ergebnis der Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" (DS 1642/16); hier: digitale Daten
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur | 2349/16 |
| 7.2. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 02.11.2016 zum TOP 5.9 Sonstige Informationen; hier: Stellenbesetzung
BE: Leiter des Personal- und Organisationsamtes | 2351/16 |
| 8. | Informationen | |
| 8.1. | Informationsaufforderung - Befragung 2016 für den Maßnahmenkatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt
BE: Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit | 1747/16 |
| 8.2. | Einladung der Projektträger und Vereine, die vom Haushaltskonsolidierungskonzept betroffen sind und Information über die vorläufige Haushaltsführung 2016
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU | 2505/16 |

hinzugezogen: Vertreter Garten der Generationen, Vertreter Plattform e.V.,
Vertreter von Allergie-, Neurodermitis- und Asthmahilfe Thüringen (ANAT) e.V.
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Beigeordnete Finanzen

- 8.3. Stellenbeschreibung für die/den Bürgerbeauftragte/n und Kommunalen Beauftragte/n für Menschen mit Behinderungen **2552/16**
BE: Herr Städter, Fraktion Freie Wähler, FDP, Piraten
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister
- 8.4. Sonstige Informationen

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, da ein thematischer Zusammenhang besteht:

° TOP 7.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 02.11.2016 zum TOP 5.9 Sonstige Informationen; hier: Stellenbesetzung Drucksache 2351/16 und 8.3. Stellenbeschreibung für die/den Bürgerbeauftragte/n für Menschen mit Behinderungen Drucksache 2552/16

Weiterhin bat sie um Vorziehung des TOP 8.2. Einladung der Projektträger und Vereine, die vom Haushaltskonsolidierungskonzept betroffen sind und Information über die vorläufige Haushaltsführung 2016, Drucksache 2505/16, entsprechend der Bitte der anwesenden Vorsitzenden des Seniorenbeirates.

Weitere Anträge zur Änderung der Tagesordnung lagen nicht vor, daher stellte Frau Rothe-Beinlich die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung vom 02.11.2016

Die Niederschrift wurde wie folgt

genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

4. Dringliche Angelegenheiten

Dem Ausschuss lagen keine dringlichen Angelegenheiten vor.

5. Verweisungen von Anfragen des Stadtrates vom 16.11.2016

- 5.1. Diskriminierende Einlasskontrolle in der Diskothek "Cosmopolar" 2116/16**
**BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN**
hinzugezogen: Leiter des Bürgeramtes

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes erfolgte nach TOP 8.2. Die Drucksachen 2116/16 (TOP 5.1) und 2531/16 (TOP 5.1.1) wurden gemeinsam behandelt.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bat den Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit und Leiter des Bürgeramtes um Erläuterung ihrer Nachfragen und hinterfragte den aktuellen Sachstand.

Der Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit und Leiter des Bürgeramtes informierte über das stattgefundene Gespräch mit dem Betreiber der Diskothek "Cosmopolar". Er stellte dar, dass es aus gewerberechtlicher Sicht derzeit keine Eingriffsmöglichkeiten seitens der Stadtverwaltung gibt.

Bezüglich der Handlungen der Securityleute wurde auf die aktuellen strafrechtlichen Ermittlungen verwiesen. Die Zuständigkeit liegt hier bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Frau Rothe-Beinlich informierte an dieser Stelle über weitere Fälle, bei denen ausländischen Studenten der Einlass zur Diskothek verwehrt wurde. Ihrer Kenntnis nach würde dies öfter passieren, was ein eindeutig negatives Bild auf die Stadt Erfurt wirft! Sie bat darum, alle Möglichkeiten der Prüfung auszuschöpfen.

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, regte an, den Betreiber der Diskothek "Cosmopolar" in eine Sitzung des Ausschusses einzuladen und mit ihm ins Gespräch zu den Vorkommnissen zu kommen.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., schätzte ein, dass ein generelles Problem mit der Einlasskontrolle in der Diskothek besteht (Verbote, Zurückweisungen) und fragte nach den Regelungen in der Hausordnung.

Der Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit und Leiter des Bürgeramtes verwies auf die eingeschränkten Möglichkeiten, die die Stadt gegenüber dem Betreiber hat. Über das Hausrecht hätte der Betreiber prinzipiell die Möglichkeit, die Gäste auch z. B. unter Beachtung einer speziellen "Mischung" auszuwählen. Hierzu gäbe es eindeutige Gerichtsentscheidungen, die dies bekräftigen. Weiterhin wies er darauf hin, dass das Gewerbeverfahren im übertragenen Wirkungskreis liegt.

Herr Engemann, sachkundiger Bürger, sieht zwei Ebenen des Handelns. Zum einen sollten mit aller Deutlichkeit verwaltungsseitig alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Zum anderen sieht er die erforderliche politische Auseinandersetzung. Auch er unterstützt die Einladung des Betreibers der Diskothek "Cosmopolar" in eine der nächsten Ausschusssitzungen.

Der Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit und Leiter des Bürgeramtes bot an, Betroffene in das Bürgeramt einzuladen und erneut mit dem Betreiber zu reden. Er informierte auch zu der Möglichkeit der Strafanzeige, die Betroffene stellen können.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Frau Thierbach, schlug vor, im Moment von einer Einladung von Betroffenen und auch dem Betreiber abzu- sehen. Besser sei es nach ihrer Auffassung, zunächst alle Fakten zusammenzutragen und eine Prüfung der gewerberechtlichen Zuverlässigkeit des Betreibers durch das Thüringer Landesverwaltungsamt zu veranlassen. Hierfür müssten jedoch entsprechende Fakten zusammengetragen werden. Daher sei es aus ihrer Sicht erforderlich, dass die Betroffenen sich im Bürgeramt meldeten und ihre Erlebnisse schilderten. Dann könne der Vorgang an die obere Gewerbeaufsichtsbehörde zur Prüfung übergeben werden.

Durch die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, wurde die Diskussion wie folgt zusammengefasst:

- ° alle bekannten Fakten werden an das Bürgeramt übermittelt,
- ° zu der Gruppe, die sich an der Uni Erfurt gebildet hat, wird Kontakt aufgenommen und angeregt, dass auch diese ihre Erlebnisse übermitteln,
- ° es wird darum gebeten, die Fakten dem Thüringer Landesverwaltungsamt zur Prüfung der gewerberechtlichen Zuverlässigkeit zu übergeben,
- ° die staatsanwaltlichen Ermittlungen werden abgewartet, danach kann eine Einladung des Betreibers der Diskothek "Cosmopolar" in die Ausschusssitzung zur Diskussion über Fragen der Toleranz, Weltoffenheit und seiner Bewertung der diskriminierenden Einlasskontrollen erfolgen.

Der Dezernatsleiter Bürgerservice und Sicherheit informierte ergänzend darüber, dass derzeit aus Sicht der Gewerbebehörde keine Fakten vorlägen, die eine Untersagung des Ge-

werbebetriebes begründen könnten. Sollten entsprechende Fakten vorliegen, würde die Angelegenheit zur Prüfung an das Thüringer Landesverwaltungsamt abgegeben. Sollten sich aufgrund der Ergebnisse der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen neue Erkenntnisse ergeben, könnten sich gegebenenfalls neue Maßnahmen ergeben.

Nach Vorliegen neuer Anhaltspunkte wird der Ausschuss Soziales, Arbeitsmarkt und Gleichstellung umgehend informiert.

zur Kenntnis genommen

- 5.1.1. **Nachfragen zur DS 2116/16, Diskriminierende Einlasskontrolle in der Diskothek "Cosmopolar" 2531/16**
BE: Fragestellerin Frau Rothe-Beinlich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiter des Bürgeramtes

Der TOP wurde gemeinsam mit dem TOP 5.1. behandelt, siehe dortige Ausführungen.

zur Kenntnis genommen

6. Behandlung von Entscheidungsvorlagen

- 6.1. **Förderung des Sozialkaufhaus "Bummi-Kaufhaus" der 1987/16**
AWO AJS gGmbH im Jahr 2016
BE: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

Herr Prof. Dr. Dr. Pistner, Fraktion CDU, fragte nach einer möglichen Parallelstruktur zum Stöberhaus.

Die Unterschiede wurden durch Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur. erläutert. Danach liegt die Zielstellung beim "Bummi-Kaufhaus" in der Unterstützung, Betreuung und Begleitung von Kindern!

Herr Städter, Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten, verwies auf einen Fehler im Beschlussvorschlag der Drucksache. Danach müsste die Höhe der Förderung nicht 100.000 EUR, sondern 10.000 EUR betragen.

Mit dieser redaktionellen Änderung wurde die Drucksache durch die Ausschussvorsitzende zur Abstimmung gestellt.

bestätigt mit Änderungen Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Beschluss

Die Förderung des Sozialkaufhauses "Bummi-Kaufhaus" in Trägerschaft der AWO AJS gGmbH i. H. v. 10.000 EUR wird, vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2016 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt, bestätigt.

7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 02.11.2016 zum TOP 5.8 Ergebnis der Studie "Bedarfsgerechte Bildungs- und Sozialsteuerung in der Stadt Erfurt" (DS 1642/16); hier: digitale Daten** **2349/16**
BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur informierte, dass der Bericht noch nicht abschließend vorliegt und bat um Vertagung.

vertagt

- 7.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung SAG vom 02.11.2016 zum TOP 5.9 Sonstige Informationen; hier: Stellenbesetzung** **2351/16**
BE: Leiter des Personal- und Organisationsamtes

Der TOP wurde gemeinsam mit dem TOP 8.3. behandelt.

Herr Städter, Fraktion Freie Wähler/FDP/Piraten zeigte sich unzufrieden mit der Beantwortung seiner Anfrage.

So wurden u. a. die Hinweise des Behindertenbeirates zur Gestaltung des Ausschreibungstextes nicht berücksichtigt, obwohl sich der Beirat rechtzeitig und intensiv mit der Problematik beschäftigt habe.

Unterstützt wurde diese Auffassung durch Frau Stange, Fraktion DIE LINKE. und Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, die sich nach den Anregungen des Behindertenbeirates erkundigte.

Festzustellen war, dass nach Auffassung der o. g. Ausschussmitglieder keinerlei "Fingerspitzengefühl" an den Tag gelegt wurde.

Auch Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, zeigte sich verärgert über den Ausschreibungstext. Der Behindertenbeirat habe sich Gedanken gemacht, die keine Berücksichtigung fanden.

Herr Mroß, SPD-Fraktion, empfindet es als schlimm, dass überhaupt zu diesem Thema gesprochen werden muss. Die Aufgabengestaltung des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen verlangt seiner Meinung nach, dass der Behindertenbeirat gehört werden muss.

Herr Kamieth, Fraktion DIE LINKE., verwies auf die Akzeptanz des Beauftragten, der auf eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Interessengruppen angewiesen ist.

Herr Städter hatte eine weitere Nachfrage hinsichtlich der Stellvertreterregelung für den Kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen.

Darüber hinaus hinterfragte er den E-Mail-Account für den Vorsitzenden des Behindertenbeirates. Eine Beantwortung wurde ihm für die nächste Woche angekündigt.

An dieser Stelle ging die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur auf die Besetzung der Stelle der Migrations- und Integrationsbeauftragten ein. Die Geschäftsstelle ist mit ausreichend Personal ausgestattet, eine Ausschreibung sei derzeit nicht geplant.

Aufgrund der weiteren Nachfragen hierzu formulierte die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, folgende Festlegung:

Die Arbeit der Geschäftsstelle der Migrations- und Integrationsbeauftragten wird dargestellt. Es wird informiert, wie die Geschäftsstelle personell aufgestellt ist und wie die Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat bewertet wird. T.: 18.01.2016	DS 2746/16
---	---------------

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

zur Kenntnis genommen

8. Informationen

- 8.1. Informationsaufforderung - Befragung 2016 für den Maßnahmekatalog zur Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung in der Landeshauptstadt Erfurt 1747/16
BE: Herr Möller, Fraktion SPD
hinzugezogen: Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit

zur Kenntnis genommen

- 8.2. Einladung der Projektträger und Vereine, die vom Haushaltskonsolidierungskonzept betroffen sind und Information über die vorläufige Haushaltsführung 2016 2505/16
BE: Frau Tillmann, Fraktion CDU
hinzugezogen: Vertreter Garten der Generationen, Vertreter Plattform e.V.,
Vertreter von Allergie-, Neurodermitis- und Asthmahilfe Thüringen (ANAT) e.V.
Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur, Beigeordnete Finanzen

Entsprechend der geänderten Tagesordnung wurde dieser TOP nach dem Punkt 4. aufgerufen.

Zunächst wurde sich über folgendes Verfahren der Behandlung des Tagesordnungspunktes geeinigt:

° Die im Antrag einzeln aufgeführten Konsolidierungsmaßnahmen werden aufgerufen und hierzu können Fragen gestellt oder es kann diskutiert werden.

Gegen das Rederecht für die geladenen Gäste erhob sich kein Widerspruch.

Gliederungsziffer 50 – Prüfung der Übertragung Selbsthilfegruppe KISS an einen freien Träger – hier: Stellungnahme des Seniorenbeirates

Die Vorsitzende des Seniorenbeirates ging auf ihre schriftlich übergebene Stellungnahme zum Haushaltssicherungskonzept (HSK) ein.

Sie erläuterte die Ablehnung des Seniorenbeirates bezüglich der Übertragung der KISS (Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen) an freie Träger und plädierte eindringlich für den Erhalt der KISS!

Herr Walloschek, sachkundiger Bürger, verwies an dieser Stelle auf die Beratung für Behinderte, die im Café B geleistet wird. Dies sollte nicht zur Disposition gestellt werden.

Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur verwies darauf, dass es sich bei der Maßnahme um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handelt. Eine entsprechende Entscheidungsvorlage müsse im Nachhinein erarbeitet und vorgelegt werden. Davor müssten dann aber die Fragen der Ausschreibung, die Zusammenarbeit mit dem Selbsthilfebeirat und die Zuschüsse geklärt werden.

Frau Rothe-Beinlich, Ausschussvorsitzende, äußerte Bedenken bezüglich der Übergangszeiten bei Übertragung an andere Träger. Hier müsse sichergestellt sein, dass über Jahre gesammeltes know how und Kontakte sowie Netzwerke nicht verloren gehen.

Für die KISS wurde die Vertreterin der ANAT e. V. (Allergie-, Neurodermitis- und Asthmahilfe) begrüßt.

Sie bedankte sich für die Gelegenheit, über die Tätigkeit ihres Vereins zu informieren. Sie erläuterte als Mitglied im Selbsthilfebeirat die Erfahrung aus der Zusammenarbeit mit kleineren Selbsthilfegruppen. Dafür sei die Kontaktstelle vorhanden und müsse aus Ihrer Sicht zwingend bei der Stadt angegliedert bleiben. Aufgrund des höheren Bedarfs und der gewachsenen Fallzahlen wäre aus ihrer Sicht eine Stelle mehr erforderlich – auf keinen Fall jedoch eine Streichung.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, informierte, dass Selbsthilfegruppen wie zur Alltagsbewältigung, für LSBTTIQ etc. nicht über die Krankenkassen finanziert werden.

Hierzu gab es Ergänzungen durch die Vertreterin des ANAT e. V. zur Förderung durch die Krankenkassen (Pauschalförderung und Projektförderung).

Gliederungsziffer 43 – Zuschussreduzierung der Gärten der Generationen

Der Geschäftsführer der Gesellschaft für Ökologie und Umweltchemie mbH hatte Verständnisfragen bezüglich der genannten Förderung der Gärten der Generationen.

Diese wurden durch Frau Thierbach, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Kultur klargestellt.

Herr Städter, Fraktion Freie Wähler/ FDP/Piraten, stellte fest, dass Angaben zum Teil verwirrend sind und bat um mehr Sorgfalt bei der Erstellung des HSK.

Weitergehende Erläuterungen gab es durch den Leiter des Amtes für Soziales und Gesundheit. Durch die Gesellschaft für Ökologie und Umweltchemie mbH wurde seinerzeit für zwei Projekte die Infrastruktur geschaffen. 20 TEUR/Jahr fließen derzeit in einen Integrationsarbeitsplatz vom Christophoruswerk, dessen Aufgabe die Pflege dieser Gärten ist. Diese Tätigkeit soll zukünftig an das Garten- und Friedhofsamt übertragen werden.

Vor diesem Hintergrund gab der Vertreter der Gärten der Generationen zu bedenken, dass es besser sei, den jetzigen Status beizubehalten. Aus seiner Sicht könne das Garten- und Friedhofsamt die Aufgabe unter Beachtung des sozialen Aspektes nicht erfüllen.

Gliederungsziffer 61 – Prüfung des notwendigen Zuschusses Stadtteilzentrum Herrenberg und gegebenenfalls Anpassung des Leistungsvertrages

Die anwesenden Vertreter des Plattform e.V. zeigten sich nicht einverstanden mit der Zuschusskürzung. Da eine Reduzierung im Mietpreis nicht möglich sei, würde es zu einer Einsparung bei den Personalkosten kommen. Dies kann aber nicht gewollt sein!

Die Ausschussvorsitzende, Frau Rothe-Beinlich, bedankte sich für die Ausführungen und insbesondere für die geleistete Arbeit. Sie stellte klar, dass alle die Arbeit und insbesondere die schwierige Situation rund um das Stadtteilzentrum einzuschätzen wüssten und sich bewusst seien, wie wichtig daher die Arbeit des Vereins am Herrenberg ist.

zur Kenntnis genommen

zur Kenntnis genommen

- 8.3. Stellenbeschreibung für die/den Bürgerbeauftragte/n und Kommunalen Beauftragte/n für Menschen mit Behinderungen 2552/16**
BE: Herr Städter, Fraktion Freie Wähler, FDP, Piraten
hinzugezogen: Leiterin Bereich Oberbürgermeister

Der TOP wurde gemeinsam mit dem TOP 7.2. behandelt, siehe dortige Ausführungen.

zur Kenntnis genommen

8.4. Sonstige Informationen

Es gab keinen Informationsbedarf seitens der Ausschussmitglieder und der Verwaltung.

gez. Rothe-Beinlich
Vorsitzende

gez. 
Schriftführer/in